

als jemand, der auf der letzten EKD-Synode in Suhl 1992 ein Referat über „Kirche im geteilten Deutschland“ gehalten und dort wichtige inhaltliche Sätze formuliert hat zum Begriff „Kirche im Sozialismus“, einen davon werde ich nachher zitieren.

Ganz außen sitzt Herr Prof. Gerhard Besier. Er ist der einzige in unserer Runde, der kein gelernter DDR-Bürger ist, sondern jemand, der aus den alten Bundesländern kommt mit einer hohen Kompetenz, mit einer großen Sachkenntnis. Er hat zwei Bücher geschrieben, die in unseren Ländern zumindest nicht ganz unumstritten gewesen sind. Das eine hieß „Pfarrer, Christen und Katholiken“, das war ein Ausspruch von Mielke, den er zur Klassifizierung der Kirche zitiert hat, und das andere ist „Der SED-Staat und die Kirche: Der Weg in die Anpassung“. Er vertritt eine These, die für unser Gespräch heute abend ausgesprochen wichtig ist.

Zur linken Seite sitzen noch Herr Prof. Beintker und Ehrhart Neubert, theoretisch sollte auch noch Herr Dr. Hamel hier sitzen. Frau Schmoll, wir wollten Sie ein bißchen abseits setzen, weil Sie heute schon ganz viel geredet haben. Wir haben gedacht, wenn wir eine Podiumsdiskussion durchführen, dann diskutieren wir erst einmal mit denen, die extra zum Podium gekommen sind. Wenn Sie aber jetzt noch wichtige Einwände haben und sagen: „Das wollte ich immer schon einmal gesagt haben“ oder „Dazu muß ich mich jetzt melden, sonst komme ich hier nicht heil aus dem Saal“, dann kriegen Sie natürlich auch das Wort. Die Struktur des Abends ist so gedacht, daß wir bis 22.00 Uhr, das ist so der Terminus ad quem, also der letzte Zeitpunkt, aus diesem Saal gehen wollen. Wir wollen zunächst zwei kurze Statements hören von Bruder Steinlein und Bruder Leich, und dann diskutieren wir hier vorn, so denke ich jedenfalls, eine Stunde hoffentlich kontrovers. Dann möchte ich gern, daß das Gespräch überschwappt auf Sie als die Mitglieder der Enquetekommission, und Sie dann Fragen stellen oder etwas unterstreichen oder sagen: „Das wollte ich immer schon mal sagen.“ Bruder Leich, darf ich Sie bitten?

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Auch bei mir werden Sie eine leichte Veränderung bemerken, ich spreche von Erfahrungen mit der Formel „Kirche im Sozialismus“.

1. Worum es ging: Im Jahr 1988 zeigte mir Prof. Roberts Feldmanis die Sehenswürdigkeiten seiner geliebten Stadt Riga. Feldmanis gehörte zu den Trägern des Widerstandes gegen die sowjetische Kirchenpolitik. Wir sprachen über die Lage unserer Kirchen. Plötzlich blieb mein Begleiter stehen, sichtlich erregt sagte er: „Bruder Leich, die im Westen wissen doch gar nicht, worum es bei uns geht. Hier tobt der Kampf um die Seele unseres Volkes.“ An diese Worte muß ich denken, wenn mir die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit begegnet. Wie selbstverständlich werden die geläufigen Maßstäbe politischen Denkens angelegt. Als ob die

Bürger der DDR lediglich in einem anderen politischen System gelebt hätten. Wir begegneten einem Herrschaftsanspruch, der die Seelen der Menschen ergreifen und gefügig machen wollte. Freiwillig und aus eigener Überzeugung sollten sich die Bürger vom Kleinkind bis zum Greis selbst aufgeben und nur noch denken, fühlen und wollen, was die staatlich verordnete Weltanschauung vorgab. Mit dieser Situation hat auch die Formel „Kirche im Sozialismus“ zu tun. Sie steht für den Versuch, in einer extremen Situation durchzuhalten und Volkskirche zu bleiben.

2. Entstehung der Formel „Kirche im Sozialismus“: Die Worte Kirche im Sozialismus wurden fast zufällig zusammengefügt. Hans Seigewasser, Staatssekretär für Kirchenfragen, zog im Februar 1969 nach der Verabschiedung der neuen Verfassung der DDR Schlußfolgerungen für die Zukunft der Kirchen. Die Verantwortlichen könnten dem geistlichen Auftrag der Kirche im Sozialismus nur gerecht werden, so sagte er, wenn sie die humanitäre Staatspolitik der DDR nicht negierten. Die Redewendung, damals noch ohne terminologischen Anspruch gebraucht, wurde in Gesprächen aufgegriffen und entwickelte sich so zu der Formel „Kirche im Sozialismus“.
3. Die Eigenart der Formel: Die Zusammenstellung jener drei Worte ist von den evangelischen Kirchen nie im Sinne eines Begriffes gebraucht worden. Von einem Begriff ist zu erwarten, daß er das Wesentliche gegenüber dem Zufälligen hervorhebt. Die Formel „Kirche im Sozialismus“ blieb immer verschwommen. Nie wurde definiert, was „Kirche“ oder „Sozialismus“ in ihr bedeuten. Unter Sozialismus zum Beispiel verstand ein Teil der Kirchenleute einfach die gegebene Gesellschaftsform, ein anderer Teil verband damit eine positive Wertung im Sinne der Möglichkeit einer gerechteren Form des Zusammenlebens. Durch den „Aufruf für unser Land“ mit kirchenleitenden Persönlichkeiten unter den Erstunterzeichnern wurde dies noch einmal deutlich unterstrichen. Die Formel mußte auch für gegensätzliche Zielvorstellungen herhalten. Staat und Partei verstanden sie als Integrationsformel: Die Kirche ist ein Bestandteil des Sozialismus, wie die Wohnung im Haus Bestandteil einer größeren Einheit ist. Der zufällige Initiator der Formel hatte ja auch beabsichtigt, die Kirchen zur Anerkennung der humanitären Staatspolitik der DDR zu ermahnen. Der Bund der Evangelischen Kirchen sah in dem mißverständlichen Wortspiel eine Kurzformel, die nahezu von jeder Tagung der Bundessynode neu und gegenwartsbezogen ausgelegt wurde. 1973 erklärte die Synode in Schwerin: „Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein.“ Nicht ein einziges Mal taucht die Formulierung „für den Sozialismus“ auf. 1979 betonte die Synode in Dessau: „Wir dürfen glauben, daß auch die sozialistische Gesellschaft unseres Landes unter unserem Herrn Jesus Christus steht. Hier ist unser Auftragsfeld und unsere Dienstchance.“ In

einem weiteren Auslegungsschritt sprach die Synode des Bundes 1980 in Leipzig aus: „Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirche in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben – in dieser so geprägten Gemeinschaft nicht neben ihr, nicht gegen sie. Sie wird die Freiheit ihres Zeugnisses und ihres Dienstes bewahren müssen.“

Die beiden Hauptaussagen der Auslegungen gehen aus den Zitaten hervor:

Erstens: Auftragsfeld und Dienstchance sind anzunehmen, eine Kirche kann sich nicht aussuchen, wo sie Gott dienen will. Sie muß es dort tun, wo Gott sie hingestellt hat. Sie darf darauf vertrauen, daß ihr Herr in jeder gesellschaftlichen Situation seine Vollmacht zum Dienst geben will.

Zweitens: Das bedeutet aber, daß die Kirche die Freiheit ihres Zeugnisses und ihres Dienstes in jeder Staats- oder Gesellschaftsform verteidigen muß.

4. Die Fremdformel im Leben der Gemeinden: Die Formel „Kirche im Sozialismus“ fand nie Aufnahme in das geistliche Leben der Gemeinden. Nur in wenigen Ausnahmefällen begegnete sie in Predigten und Fürbitten. Die wenigen bewußten Vertreter einer sozialistisch ausgerichteten Kirche waren in dem von der Partei geförderten „Evangelischen Pfarrerbund“ und in der von den Ostblockstaaten unterstützten „Christlichen Friedenskonferenz“ organisiert. Nur nebenbei bemerke ich, trotz beständiger, vom Staat unterstützter Werbung ist keine der evangelischen Landeskirchen in der DDR je Mitglied in der „Christlichen Friedenskonferenz“ geworden. Noch gibt es keinen belegbaren Überblick, wie in den evangelischen Kirchen in der DDR gepredigt wurde und wie die Fürbittgebete in den Gottesdiensten gestaltet waren. Nach meiner Erfahrung stellten die Predigten bewußt den Absolutheitsanspruch des Weltanschauungsstaates, den Griff nach der Seele des Volkes in Frage. Ein steter Tropfen, der den Stein in vier Jahrzehnten gehöhlt hat. In den Fürbittgebeten fanden die vom Staat Verfolgten nach meiner Erfahrung stets ihren Platz. Immer wurde Wert darauf gelegt, sowohl für die östlichen wie für die westlichen Staatsmänner zu beten und die Gefahr eines Atomkrieges nicht, wie es die DDR-Propaganda tat, einseitig dem Westen anzulasten. Für das geistliche Leben der evangelischen Kirchen hatte die Formel „Kirche im Sozialismus“ keine Bedeutung. Sie beschrieb das Verhältnis der Kirche gegenüber dem Staat. Damit war sie freilich eine Hilfe für Bürger, die als Arbeiter und Angestellte in sozialistischen Kollektiven Christen bleiben wollten und sich darauf berufen konnten, daß die Kirche aus einem geistlichen Auftrag heraus handelt und nicht aus der Aufgabe der politischen Opposition heraus.
5. Die Vermeidung der Alternativformel „Kirche im Kapitalismus“: Für die Partei- und Staatsführung der DDR gab es Sprachregelungen. In der propagandistischen Auseinandersetzung hießen die Kirchen in der Bun-

desrepublik Deutschland „NATO-Kirchen“ oder „kapitalistische Kirchen“. Die Kirchen in der DDR nahmen solche Alternativformulierungen, „Kirche im Kapitalismus“ etwa, nie auf – im Gegenteil. Auch nach der weitgehend erzwungenen organisatorischen Trennung der evangelischen Kirchen Deutschlands unterstrichen sie die besondere Gemeinschaft mit den evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik aufgrund der gemeinsamen Bindung an Schrift und Bekenntnis und der gemeinsamen Kirchengeschichte, besonders in der Zeit des Kirchenkampfes während des Nationalsozialismus. Acht Mal veröffentlichten die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen gegen den Widerstand der DDR „Gemeinsame Worte“ zu Lebensfragen unseres Volkes und der Völkergemeinschaft. Nie übernahmen dabei die Evangelischen Kirchen in der DDR die Behauptung der SED, die nationalsozialistische Vergangenheit sei in der DDR überwunden und belaste dagegen weiterhin die Bundesrepublik.

6. Die Gefahr der Formel „Kirche im Sozialismus“: Von der Formel „Kirche im Sozialismus“ ging eine große Gefahr aus. Eindeutig erkannt wurde sie erst im Verlauf der friedlichen Revolution. Die Formel sollte den Standort für den Dienst der Kirchen bestimmen. Aber die Nötigung zu einer solchen Standortbestimmung lebte aus der Erwartung, daß die sozialistische Staategemeinschaft gestützt auf den mächtigen Warschauer Pakt sehr lange bestehen würde und der Friede in der Welt nur in einem Ausgleich der Ost-West-Spannung erhalten werden könne. Meine eigene Erfahrung ist, daß ich mich von der Menschenmacht blenden ließ und die verborgene Macht Gottes in der Menschengeschichte kleingläubig unterschätzte. Wer regelmäßig das Magnifikat betet und darin vor Gott ausspricht: „Du stürzt die Gewaltigen vom Thron und erhebst die Niedrigen“, hätte es besser wissen müssen und mit der Vergänglichkeit eines gott- und menschenfeindlichen Staates rechnen müssen. Die Formel „Kirche im Sozialismus“ hat die Langzeiterwartung gegenüber dem Bestand des sozialistischen Macht-systems ausgesprochen und damit ungewollt unterstützt. Das war die größte Gefahr, die von ihr ausging. Die andere lag in ihrer Mißverständlichkeit. Nur wenige kannten die beständigen Klarstellungen durch die Synoden des Bundes. Die große Mehrheit mußte die Formel mißverstehen und die Kirche als einen Bestandteil der größeren Einheit des Sozialismus sehen. Um die Jahreswende 1988/89 erschienen in westdeutschen Zeitschriften kritische Auseinandersetzungen mit der Formel „Kirche im Sozialismus“. Prof. Dr. Richard Schröder und Dr. Planer-Friedrich waren die namhaften Autoren aus der DDR. Ich selbst, damals Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen, setzte mich am 4. März 1989 – ein Ende der DDR war überhaupt noch nicht in Sicht – in einem öffentlichen, von der Presse begleiteten Vortrag in der Kirchengemeinde Jena mit der Formel auseinander und riet,

sie nicht mehr zu gebrauchen. Das Echo in den westdeutschen Medien war damals ebenso stark wie die Bestürzung im Politbüro der SED.

7. Das Handeln der Kirche unterscheidet sich von dem einer politischen Partei. Häufig werden bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit an die Kirche Maßstäbe gelegt, die eine politische Partei zu beachten hat. Dazu gehört der kompromißlose Kampf gegen den politischen Gegner. Eine Kirche muß auch in denen, die gegen Gott kämpfen und gewaltsam nach der Seele des Volkes greifen, immer noch von Gott gesuchte und noch nicht aufgegebene Menschen sehen. Ihr Verhalten kann nicht ausschließlich von Feindschaft und Gegnerschaft bestimmt sein. Mühsam versuchten wir, den bewährten Grundsatz anzuwenden: *Suaviter in modo, fortiter in re* – gemäßigt in der Art, unnachgiebig in der Sache. Dieses oft durch Schwachheit belastete Verhalten allgemein als *Kumpanei* zu bezeichnen, beleidigt viele, die in der Verantwortung vor Gott handeln wollten. Noch bestimmender für das Handeln der Kirche ist, daß sie unter ihren Gliedern die verschiedensten und zum Teil gegensätzlichsten politischen Überzeugungen vorfindet. Eine Kirche kann nicht einfach politisch Andersdenkende an den Rand drängen, es sei denn, ihr Denken steht im Gegensatz zu den Geboten Gottes. Die große Zahl der Christen führte ein ganz normales Arbeitsleben und mußte mit der Staatshörigkeit ihrer Umgebung fertigwerden. Die Kirche konnte sich nicht einfach nur an den Gruppen orientieren. Gleichwohl ist sie nach meiner Erfahrung immer für die Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen gegenüber dem Staat eingetreten.

Eine Nachbemerkung: Zum Schluß muß ich dies aussprechen, entschuldigen Sie, aber ich muß es tun. In der einseitig auf die DDR bezogenen Aufarbeitung deutscher Gegenwartsgeschichte sehe ich eine Gefahr für das Zusammenwachsen der über 40 Jahre getrennten Teile Deutschlands. Es wird dadurch der Eindruck erweckt, wenn auch ungewollt, es gäbe nur für die ehemalige DDR Aufarbeitungsbedarf. Ohne Zweifel ist der vorhanden. Er findet meine Unterstützung, aber es gibt ebenso für die Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung Aufarbeitungsbedarf. Was ist zum Beispiel aus den Startbedingungen der Anfangsjahre geworden? Wohin ist der freiheitlich-soziale Rechtsstaat, einst von Aufbauwillen, Leistung und Gemeinsinn seiner Bürger getragen, abgetrieben? Hat vielleicht auch hier ein völlig anders gearteter Kampf um die Seele des Volkes stattgefunden, der rational viel schwerer zu erfassen ist als der in der DDR? Wie ist es zu einer grundlegenden Werteverchiebung zugunsten des Besitzstandes des einzelnen unter Zurückdrängung des Gemeinsinnes für die Gemeinschaft gekommen? Wie lange kann sich eine Demokratie halten, wenn diese Entwicklung nicht aufgehalten wird? Was bedeutet dieser schwerwiegende Vorgang für eine der größten Herausforderungen in unserer Geschichte, unter friedlichen Bedingun-

gen im Zusammenwachsen ehemals getrennter Teile Solidarität zu üben? Diese Fragen nicht gleichzeitig mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu stellen, verführt dazu, durch die angeprangerte DDR-Vergangenheit stellvertretend die eigene Vergangenheit zu rechtfertigen. Im Ergebnis sagt dann der eine: „Ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener.“ Er schlägt an die Brust des anderen, damit der die Augen niederschlägt und spricht: „Sei mir Sünder gnädig.“ Ein solcher Vorgang entzweit. Ich hoffe, daß wir ohne den hohen Anspruch des Aufarbeitens in unsere Geschichte hineinhören, die falschen Weichenstellungen, Versagen und Schuld erkennen und so vor der je eigenen Geschichte zu einer neuen Gemeinsamkeit finden. Damit erschlosse sich, vorausgesetzt wir befließigen uns eines Mindestmaßes an Ehrlichkeit gegenüber uns selbst, ein Beitrag für das Zusammenwachsen und den gemeinsamen Weg unseres Volkes in die Zukunft. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Steinlein, schließen Sie gleich an?

Superintendent i.R. Dr. Reinhard Steinlein: Verehrte Damen und Herren! Wer erwartet hat, daß jetzt ein Referat kommt, das in eine ganz andere Richtung zielt als das erste, der wird enttäuscht sein. Wenn die Veranstalter bei der Auswahl der beiden Koreferenten solches erhofft haben, dann hätten sie nicht zwei dezidierte Lutheraner mit der Aufgabe betrauen dürfen. So ist es unvermeidlich, daß sich manches von dem, was wir beide sagen, überschneidet – nicht alles. Und was zweimal gesagt wird, das sitzt besonders gut. Vielleicht bin ich noch ein wenig selbstkritischer, was den Weg unserer Kirche betrifft. Es ist sicher gut, daß wir uns bei der Behandlung unseres Hauptthemas viel Zeit nehmen für diese Formel „Kirche im Sozialismus“, diese schwammige Formel. Denn es zeigt sich hier besonders deutlich die Problematik des Weges unserer Kirche in der einstigen DDR.

Bevor ich meine persönlichen Erfahrungen mit diesem Begriff kurz schildere, muß ich etwas zur Vorgeschichte sagen. Ich gehörte nicht nur der letzten EKD-Synode vor der Trennung im Jahre 1968/69 an, sondern auch der ersten Synode des neugeschaffenen Kirchenbundes in der DDR. 1967 hatte ich, und das war eines meiner größten Erlebnisse, die Fürstenwalder Tagung der östlichen EKD-Synodalen erlebt, die ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Festhalten an der EKD-Einheit brachte. Es war ein Schock für viele von uns, als wir wenige Monate danach von Geheimverhandlungen hörten, die zur Abtrennung von der EKD führten. Auf das Für und Wider dieses Vorgangs kann ich jetzt nicht eingehen, obwohl das Nachdenken darüber eine Hilfe zum Verstehen der weiteren kirchlichen Entwicklung wäre. Es ist nämlich mit ganz großem Ernst, auch mit theologischem Ernst, über diese Frage gestritten worden. Und ich bekenne mich zu der Einstellung, die vorhin Pfarrer Hamel geäußert hat, zu der kritischen Einstellung, zur Trennung von der EKD. Und nun, bei den ersten Synodaltagungen des entstehenden Kirchenbundes